

Beschlußempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuß)**

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 10/2178 —

Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Förderung der **ostdeutschen Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG in den Jahren 1981, 1982 und 1983**

A. Problem

Nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) haben Bund und Länder das kulturelle Erbe aus den Vertreibungsgebieten im Bewußtsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, der übrigen Bevölkerung und des Auslandes zu erhalten. Das Kulturgut ist auszuwerten sowie Wissenschaft und Forschung im Zusammenhang mit der Vertreibung und die Weiterentwicklung der Kulturleistung der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie auch der Aussiedler zu fördern. Über die Durchführung dieser Maßnahmen ist dem Deutschen Bundestag in einem zweijährigen Turnus zu berichten. Dabei sind aufgrund einer Entschließung des Deutschen Bundestages vom 27. Juni 1984 bei der Berichterstattung bestimmte Kriterien zu berücksichtigen.

B. Lösung

Der vorliegende Bericht der Bundesregierung schreibt den im April 1982 für die Jahre 1979 und 1980 erstatteten Bericht für drei weitere Jahre fort und berücksichtigt soweit möglich die Empfehlungen des Deutschen Bundestages vom 27. Juni 1984 und davor liegende Empfehlungen. Er enthält jedoch noch keine Fortschreibung der „Grundsatzkonzeption zur Weiterführung der ostdeutschen Kulturarbeit“. Er stellt in den Vordergrund die verstärkte Förderung der kulturellen Breitenarbeit der Verbände, die Förderung von Museen für ostdeutsche Kulturregionen, die Bestrebungen, Lehrstühle und Institute für ostdeutsche Landeskunde zu errichten sowie die Förde-

rung übergreifender Gesamtdarstellungen zur ostdeutschen Kulturgeschichte. Diese und andere Maßnahmen sind mit den Ländern und mit dem beim Bundesminister des Innern gebildeten Kulturausschuß des Beirats für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen erörtert worden.

Die Bundesregierung wird ersucht, in künftigen Berichten die am 27. Juni 1984 ausgesprochenen Empfehlungen des Deutschen Bundestages noch stärker zu beachten sowie die in der neuen Beschlußempfehlung enthaltenen Anregungen zu berücksichtigen.

Mehrheit im Ausschuß**C. Alternativen**

keine

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

unter zustimmender Kenntnisnahme des Berichts der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG in den Jahren 1981, 1982 und 1983 — Drucksache 10/2178 — folgende EntschlieÙung anzunehmen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

1. die noch nicht verwirklichten Empfehlungen der Beschlüsse auf Drucksachen 8/1564, 8/4299 und 10/1671 zu berücksichtigen und dabei in die Erwägungen insbesondere auch eine Bestandsaufnahme und Grundsatzkonzeption für die mitteldeutsche Kultur- und deutschlandpolitische Bildungsarbeit sowie die Förderung von Wissenschaftlern einzubeziehen, die mit mitteldeutschen Fragen befaßt sind;
2. darüber hinaus folgende Anregungen aufzugreifen:
 - die Förderung der Werke vertriebener und ausgesiedelter Schriftsteller sowie schöngeistigen Schrifttums, das sich mit Leben und Geschichte der Ost-, Sudeten- und Südostdeutschen befaßt, ebenso eingehend wie die Förderung von Kunst und Musik darzustellen;
 - im Rahmen der verfügbaren Mittel in diesem Sinne die Förderung von Dichterlesungen im In- und Ausland, ohne Einengung auf nur ganz wenige Schriftsteller, von Anthologien und Lesebüchern für Schulen des In- und Auslandes zu verstärken;
 - die ersten Schritte zur Errichtung ostdeutscher Landesmuseen und landeskundlicher Institute fortzusetzen, die Hilfen zum Ausbau der bestehenden Einrichtungen zu verstärken, solche Institute und Museen für weitere Regionen, die bisher noch nicht berücksichtigt wurden, so zu fördern, daß jede ostdeutsche Provinz und geschlossene Siedlungsgebiete ein Institut haben, wobei bereits Bestehendes, qualitativ Wertvolles und existentiell Gesichertes nicht weiter zu zentralisieren sind;
 - in Zusammenarbeit mit den Ländern und den beteiligten Landsmannschaften die ausreichende wissenschaftliche Ausstattung dieser landeskundlichen Einrichtungen zu betreiben sowie gemäß dem Beschluß des Deutschen Bundestages vom 27. Juni 1984 die stärkere Mitarbeit des wissenschaftlichen Nachwuchses, insbesondere auch von Aussiedlern, und die Vergabe von Forschungsaufträgen anzustreben;
 - die bisherigen Bemühungen fortzusetzen, um die großen Lücken zeitgemäÙer Geschichtsforschung in der Kunst-, Literatur-, Sozial-, Wirtschafts-, Rechts- und politischen Geschichte mit Hilfe von Forschungen an geeigneten Lehrstühlen und landeskundlichen Instituten sowie sonstigen wissenschaftlichen Institutionen schrittweise zu schließen;
 - für die zeitgeschichtliche Forschung über die Folgen der Vertreibung, die Lage der Deutschen in ihrer Heimat und die Folgen der Teilung Deutschlands wissenschaftliche Institutionen und wissenschaftlichen Nachwuchs zu gewinnen;
 - die begrüßenswerten Ansätze zur verstärkten Förderung der kulturellen Breitenarbeit zu vertiefen, noch praktischer zu gestalten und auf jene Gebiete und Gruppen auszudehnen, wo sie noch fehlen;
 - die deutschlandpolitische Bildungs-, Öffentlichkeits- und Publikationsarbeit der Verbände und Landsmannschaften, soweit sie im Sinne des Grundgesetzes der freiheitlich-rechtsstaatlichen Ordnung und der Verantwortung für ganz Deutschland dient, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel (Kapitel 27 02 Titel 531 32, 685 02 und 685 31) verstärkt zu berücksichtigen;
3. gemäß den Beschlüssen des Auswärtigen Ausschusses
 - die Aktion von Bücherspenden zu wissenschaftlichen, schöngeistigen, belehrenden und unterhaltenden Zwecken für Jung und Alt zu erweitern;

- die Liste der Autoren, Schriftsteller und Wissenschaftler, die mit Bezug auf § 96 BVFG bei Vorträgen im Ausland gefördert werden, zu erweitern;
 - zu prüfen, ob eine halbe Million DM an Zuschüssen für die Bamberger Symphoniker nicht größtenteils aus allgemeinen Kulturförderungsmitteln getragen werden könnte;
 - soweit als möglich die kulturelle Breitenarbeit und die Vermittlung wissenschaftlicher Ergebnisse sowie schöngeistiger Werke in jenen Regionen anzustreben, wo noch viele Deutsche in Ost- und Südosteuropa sowie in den Gebieten östlich von Oder und Neiße leben;
 - darauf insbesondere bei den beabsichtigten Gesprächen mit der Volksrepublik Polen über den kulturellen Austausch Nachdruck zu setzen: Es kommt darauf an, daß die Gebiete östlich von Oder und Neiße unter Berufung auf die KSZE-Schlußakte bei der kulturellen Vermittlung nicht übergangen werden; dabei ist auch die Gewährleistung des Zugangs von Deutschen aus der Bundesrepublik Deutschland zu Archiven und wissenschaftlichem Quellenmaterial in den Gebieten östlich von Oder und Neiße anzustreben;
 - bei der Förderung von Übersetzungen auch an die Übersetzungen neuerer und älterer ostdeutscher Autoren ins Polnische zu denken, nachdem die Übersetzung anderer deutscher Autoren ins Polnische ebenfalls gefördert wird;
 - amtliche Schriften über die Rechtslage Deutschlands und der Deutschen seitens des Auswärtigen Amtes zur Übersetzung insbesondere ins Englische zu empfehlen und zu fördern, wobei für die Information breiterer Bevölkerungsschichten nicht nur die hohe wissenschaftliche Qualität der Deutschen Forschungsgemeinschaft als Maßstab zugrunde gelegt werden kann;
 - weiterhin die Mittel zur Förderung der mitteldeutschen Kulturarbeit zu verstärken;
4. gemäß der einstimmig beschlossenen Stellungnahme des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft vom 4. Dezember 1985
- in Ergänzung der eingehenden Darstellung über die Förderung der wissenschaftlichen Aufarbeitung ostdeutscher Landeskunde und Kulturgeschichte im nächsten Bericht auf die beginnende Beschäftigung und damit verbundene Förderung ostdeutscher Literaturgeschichte und auf die Förderung literarischer Darstellung der mit Flucht, Vertreibung und Eingliederung zusammenhängenden Thematik einzugehen, da die literarische Aufarbeitung dieser Thematik neue Ansätze einer ostdeutschen Kulturpolitik bietet, die auch von der Enkelgeneration der Vertriebenen getragen werden kann;
 - noch stärker als bisher Künstler und Schriftsteller zu fördern, die sich den ostdeutschen Kulturlandschaften verbunden fühlen, und insofern zur Weiterentwicklung der ostdeutschen Kulturarbeit beizutragen;
 - darüber zu berichten, wie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in diesem Bereich, etwa durch Vergabe von Stipendien, Forschungsaufträgen und Mitteln für Hilfskräfte und wissenschaftliche Mitarbeiter, erfolgte und wie sie verbessert werden kann;
 - Diplomarbeiten, Graduiertenförderung und sonstige Forschungsvorhaben über die kulturellen, zivilisatorischen und wissenschaftlichen Beiträge der ost- und südostdeutschen Stämme zur gesamten deutschen und europäischen Geschichte anzustreben.

Bonn, den 15. Oktober 1986

Der Innenausschuß

Dr. Wernitz	Dr. Czaja	Dr. Nöbel	Dr. Hirsch	Ströbele
Vorsitzender	Berichterstatter			

Bericht der Abgeordneten Dr. Czaja, Dr. Nöbel, Dr. Hirsch und Ströbele

Der Bericht der Bundesregierung auf Drucksache 10/2178 wurde mit Schreiben des Präsidenten des Deutschen Bundestages vom 9. November 1984 dem Innenausschuß federführend sowie dem Auswärtigen Ausschuß, dem Ausschuß für Bildung und Wissenschaft und dem Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen zur Mitberatung überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner Sitzung am 27. März 1985 den Bericht beraten und empfohlen, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen. Ferner hat er als Empfehlungen im einzelnen beschlossen,

- a) die Aktion von Bücherspenden zu wissenschaftlichen, schöngeistigen, belehrenden und unterhaltenden Zwecken für Jung und Alt zu erweitern;
- b) die Liste der Autoren, Schriftsteller und Wissenschaftler, die mit Bezug auf § 96 BVFG bei Vorträgen im Ausland gefördert werden, zu erweitern;
- c) zu prüfen, ob eine halbe Million DM an Zuschüssen für die Bamberger Symphoniker nicht größtenteils aus allgemeinen Kulturförderungsmitteln getragen werden könnte;
- d) soweit als möglich die kulturelle Breitenarbeit und die Vermittlung wissenschaftlicher Ergebnisse sowie schöngeistiger Werke in jenen Regionen anzustreben, wo noch viele Deutsche in Ost- und Südosteuropa sowie in den Gebieten östlich von Oder und Neiße leben;
- e) darauf insbesondere bei den beabsichtigten Gesprächen mit der Volksrepublik Polen über den kulturellen Austausch Nachdruck zu setzen; es komme darauf an, daß die Gebiete östlich von Oder und Neiße bei der kulturellen Vermittlung nicht übergangen werden, wobei man sich auf die KSZE-Schlußakte berufen soll; dabei auch die Gewährleistung des Zugangs von Deutschen aus der Bundesrepublik Deutschland zu Archiven und wissenschaftlichem Quellenmaterial in den Gebieten östlich von Oder und Neiße anzustreben;
- f) bei der Förderung von Übersetzungen auch an die Übersetzungen neuerer und älterer ostdeutscher Autoren ins Polnische zu denken, nachdem die Übersetzung anderer deutscher Autoren ins Polnische ebenfalls gefördert wird;
- g) amtliche Schriften über die Rechtslage Deutschlands und der Deutschen seitens des Auswärtigen Amtes zur Übersetzung insbesondere ins Englische zu empfehlen und dann zu fördern, wobei für die Information breiterer Bevölkerungsschichten nicht nur die hohe wissenschaftliche Qualität als Maßstäbe der Deutschen Forschungsgemeinschaft zugrunde gelegt werden können;

h) weiterhin die Mittel zur Förderung der mitteldeutschen Kulturarbeit zu versärken.

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft hat in seiner Sitzung vom 4. Dezember 1985 einstimmig festgestellt, daß der Bericht der Bundesregierung nunmehr eine eingehende Darstellung der Förderung von wissenschaftlicher Aufarbeitung ostdeutscher Landeskunde und Kulturgeschichte enthalte.

Er hat in seinem Votum weiter dahin Stellung genommen, daß im nächsten Bericht ergänzend auf die beginnende Beschäftigung und damit verbundene Förderung ostdeutscher Literaturgeschichte und auf die Förderung literarischer Darstellung der mit Flucht, Vertreibung und Eingliederung zusammenhängenden Thematik eingegangen werden sollte, da die literarische Aufarbeitung dieser Thematik neue Ansätze einer ostdeutschen Kulturpolitik biete, die auch von der Enkelgeneration der Vertriebenen getragen werden kann.

Ferner hat er angeregt, noch stärker als bisher Künstler und Schriftsteller zu fördern, die sich den ostdeutschen Kulturlandschaften verbunden fühlen, und insofern zur Weiterentwicklung der ostdeutschen Kulturarbeit beizutragen.

Er hat erneut gefordert, daß der nächste Bericht Angaben darüber enthält, wie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in diesem Bereich, etwa durch Vergabe von Stipendien, Forschungsaufträgen und Mitteln für Hilfskräfte und wissenschaftliche Mitarbeiter, erfolgte und wie sie verbessert werden kann. Anzustreben seien ferner Diplomarbeiten, Graduiertenförderung und sonstige Forschungsvorhaben über die kulturellen, zivilisatorischen und wissenschaftlichen Beiträge der ost- und südostdeutschen Stämme zur gesamten deutschen und europäischen Geschichte.

Der Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen hat in seiner Sitzung am 6. November 1985 empfohlen, den Bericht der Bundesregierung zur Kenntnis zu nehmen. Dabei hat er weiter erklärt, daß er in künftigen Beratungen die Kulturarbeit der Ressorts in Einzelheiten erörtern und ggf. Empfehlungen aussprechen werde.

Der Innenausschuß hat den Bericht in seiner Sitzung am 15. Oktober 1986 beraten und der von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Entschließung mit deren Stimmen gegen eine Stimme seitens der Fraktion DIE GRÜNEN bei Enthaltung seitens der Fraktion der SPD zugestimmt. Eine seitens der Fraktion der SPD vorgelegte Stellungnahme hat der Ausschuß mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt; sie hat folgenden Wortlaut:

„Die Pflege ostdeutschen Kulturgutes muß eingebettet sein in die Friedens-, Entspannungs- und Ver-

söhnungspolitik und muß dieser Politik dienen und darf nicht zu einer erneuten Konfrontationspolitik mißbraucht werden. Sie hat deshalb im Geiste der geltenden Ostverträge der Bundesrepublik Deutschland mit der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen und dem Deutsch-deutschen Grundgenvertrug zu geschehen und soll sich nicht nur auf die Kultur in den früheren deutschen Ostgebieten jenseits der Oder-Neiße-Grenze beschränken.

Da gerade das ostdeutsche Kulturgut eng mit Geist und Kultur der Nachbarvölker verflochten ist, hat die Pflege dieses Kulturgutes die besondere Verpflichtung, das Gemeinsame, Versöhnende und die wechselseitige Beeinflussung der Kulturen in den früheren deutschen Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Grenze, in Südosteuropa und der UdSSR darzustellen.

Im einzelnen bittet der Ausschuß zu erwägen:

1. Die Bundesregierung zu ersuchen, in Zukunft ausführlicher auf die deutschlandpolitische Bildungs-, Öffentlichkeits- und Publikationsarbeit der Verbände und Landsmannschaften und die dafür eingesetzten öffentlichen Mittel einzugehen.
2. Über mögliche radikale Tendenzen und die evtl. zu beobachtenden Veränderungen zu berichten.
3. Die Aufklärungsarbeit über die Haltung der Bundesregierung zur Frage der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen bei den Verbänden und Landsmannschaften zu vertiefen.
4. Die innerdeutschen Begegnungen und den kul-

turellen Austausch mit der DDR zu intensivieren.

5. Das Schrifttum über eine gesamteuropäische Sicherheits- und Friedensordnung zu intensivieren.
6. Die Kenntnis über die wechselseitige geschichtliche und kulturelle Entwicklung (sowohl von deutscher, polnischer, österreichischer und russischer Seite) im ostdeutschen Kulturraum vertiefen zu helfen.“

Im Rahmen der Beratung wurde seitens der Koalitionsfraktionen bedauert, daß die Fraktion der SPD die Entschließung im Innenausschuß nicht habe mittragen können, sondern sich enthalte, während sie im Auswärtigen Ausschuß und im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft dem Bericht der Bundesregierung und den jeweiligen Stellungnahmen zugestimmt habe. Die Stellungnahme der Fraktion der SPD wurde abgelehnt. Seitens der Fraktion der SPD wurde erklärt, daß es im Anschluß an die Vorlage des Entschließungsentwurfs durch die Koalitionsfraktionen, dem man zunächst habe zustimmen wollen, in der Fraktion der SPD noch einmal zu Beratungen gekommen sei, deren Ergebnis sich in der Stellungnahme niedergeschlagen habe. Die Fraktion DIE GRÜNEN hat keiner der beiden Vorschläge zugestimmt. Sie hat ihre Haltung damit begründet, daß der Bericht der Bundesregierung wie auch die Entschließung dazu die Kulturarbeit zu einseitig, weil losgelöst von den östlichen Nachbarvölkern, sehe. Die Stellungnahme der Fraktion der SPD gehe insoweit nicht weit genug und sei darüber hinaus z. B. in der Frage des Revanchismus zumindest mißverständlich.

Dr. Czaja Dr. Nöbel Dr. Hirsch Ströbele

Berichterstatter

